

**II-3955 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 2068/1J

1988-04-26

A N F R A G E

der Abgeordneten MOTTER, Dr. STIX, DR. DILLERSBERGER
an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
betreffend nicht eingehaltene Zusage für eine 3. Assistentenstelle am
Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen der Universität
Innsbruck.

Der Vorstand des Instituts für Völkerrecht und Internationale Beziehungen der Universität Innsbruck hat sich bereits in einem Schreiben vom November 1986 an den damaligen Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Herrn Dr. Heinz Fischer, mit der Bitte um die Gewährung der im Zuge der Berufungsverhandlungen beantragten dritten Assistentenplanstelle für europarechtliche Angelegenheiten gewandt. In einem Antwortschreiben vom 16. Jänner 1987 bestätigte das Ressort die Dringlichkeit dieser zusätzlichen Assistentenplanstellen, die Zuteilung erfolgte jedoch bis heute nicht.

Im Hinblick auf eine allfällige EG-Mitgliedschaft gewinnen jedoch die Rechtsfragen österreichischer EG-Beziehungen zunehmende Aktualität. Aus diesem Grund bemühen sich derzeit auch alle österreichischen rechtswissenschaftlichen Fakultäten um die dienstpostenplanmäßige Abdeckung von Forschung und Lehre im Europarecht, zumal im Parlament bald ein Beschuß gefaßt wird, durch den es möglich sein wird, Diplomarbeiten im Fach Europarecht zu schreiben.

Besonders das Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen der Universität Innsbruck bleibt bis heute das einzige in Österreich, an dem ein für Europarecht Habilitierter lehrt bzw. das über eine ausgeprägte europarechtliche Tradition und auch Dokumentation verfügt. Die laufende Tätigkeit des Instituts kann mit 2 Assistentenplanstellen kaum mehr bewältigt werden, laufende Forschungsprojekte und andere wissenschaftliche Arbeiten müssen daher zurückgestellt werden, zumal das vom Institut angebotene Wahlfach "Europarecht" das bei weitem meistgewählte Fach dieser Wahlfachgruppe ist und einen hohen Betreuungs- und Prüfungsaufwand verlangt.

- 2 -

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Wissenschaft und Forschung die

A n f r a g e :

1. Weshalb wurde die bei den Berufungsverhandlungen zugesagte Assistentenplanstelle für europarechtliche Angelegenheiten am Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen an der Universität Innsbruck bis jetzt nicht zugeteilt?
2. Wann ist mit einer Zuteilung zu rechnen?
3. Welche Anträge auf Planstellen für Europarecht liegen seitens anderer rechtswissenschaftlicher Fakultäten vor?
4. Welchen diesbezüglichen Anträgen wird seitens Ihres Ressorts Rechnung getragen werden können?